

Flüchtlingsinitiative braucht Geld

RECHNUNGSPRÜFER Stadt darf Spenden nicht auszahlen – Jetzt sitzen Helfer finanziell auf dem Trockenen

Von Susanne Holz

Reinbek. Die Flüchtlingsinitiative „Wir sind Reinbek. Unsere Stadt mit Flüchtlingen“ muss sich neu aufstellen. Für die Initiative soll die Stadt einen Verein gründen, um darüber Abrechnungen abzuwickeln.

Nötig macht dies eine Entscheidung des Rechnungsprüfungsamtes. Dieses hatte festgestellt, dass es keine rechtliche Grundlage für die Stadt gibt, Spendengeld direkt an eine Initiative oder einzelne engagierte Ehrenamtliche zu vergeben. Ein Verein à la Weihnachtshilfswerk wäre die

rechtliche Basis, damit Auslagen erstattet und die Arbeit weitergehen kann.

„Ein Verein würde uns Planungssicherheit geben“, sagt Roderich Ziehm, Flüchtlingshelfer der ersten Stunde und einer der Köpfe der Initiative. Seit mehr als zwei Jahren ist diese aus Reinbek nicht mehr wegzudenken. Die ehrenamtlich Engagierten sind zu festen Ansprechpartnern für Geflüchtete geworden. Willkommensfeste, Hilfe beim Gang zum Amt, Sprachkurse, Nachmittagsstreffs – binnen kürzester Zeit hatten viele Reinbeker gezeigt, was man alles auf die

Beine stellen kann, wenn dazu alle an einem Strang ziehen.

Das Problem: Die Initiative bekommt kein Geld mehr von der Stadt, ein Verein ist aber noch nicht gegründet. „Wir haben uns ein wenig finanziell auf diese Situation vorbereitet, aber vieles bezahlen die Helfer jetzt auch aus eigener Tasche, damit es erstmal weiterläuft“, sagt Roderich Ziehm.

Feste können aktuell nicht gefeiert werden, der wichtige Schwimmunterricht für Flüchtlinge endet im Februar – das Geld fehlt. Auch die Fahrten nach Glückstadt sind erstmal ausgesetzt. Bislang haben

freiwillige Helfer Flüchtlinge bei Wind und Wetter mit dem privaten Pkw dorthin zum Landesamt für Ausländerangelegenheiten gefahren. Da die Fahrtkosten aktuell von der Stadt nicht mehr beglichen werden, ist dieser ehrenamtliche Dienst erstmal auf Eis gelegt. Ein Fahrer berichtet, dass sich die Flüchtlinge nun selbst mit Bus und Bahn ins mehr als 80 Kilometer entfernte Glücksstadt aufmachen.

Die Stadt kennt die Misere, sitzt mit Hochdruck daran, das Problem schnellstmöglich zu lösen. „Spätestens im März wird sich die Politik damit be-

fassen“, sagt Gabriele Lange, Leiterin des Bürgerbüros.

Die Flüchtlingsinitiative arbeitet derweil weiter und bemüht sich in vielerlei Hinsicht, den Menschen aus anderen Ländern bei der Integration zu helfen. Derzeit geht es aktuell vor allem darum, Wohnungen für sie zu finden und ihnen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. „Wir freuen uns über weitere ehrenamtliche Helfer, die den Flüchtlingen etwa beim Schreiben von Bewerbungen helfen oder den Kontakt zu den Firmen herstellen“, sagt Roderich Ziehm.